

Wirtschaftliche Rundschau.

Der internationale Schiffsfahrts-Trust: Das »Kartell der Kartelle«. — Allgemeine Lage. (Schluss.)

Wie vielseitig die Kartellentwicklung auch in Deutschland bereits geworden ist, zeigte sich, nachdem die Rundfrage des preussischen Handelsministers bekannt geworden war, am 9. April in der gemeinsamen Besprechung hervorragender Syndikatsleitungen in Berlin. Der Zentralverband deutscher Industrieller und die unvermeidlichen Herren Jencke (Krupp) und Bueck hatten, wie zu erwarten, die Anregung und Führung übernommen.

An sich verdienen wir ihnen dies nicht. Bestehende, aus dem ganzen ökonomischen Werdegang notwendig hervorwachsende Interessen haben das Recht, sich zu verständigen und zu organisieren. So gut wie eine Arbeitergewerkschaft von der anderen, hatauch ein kapitalistisches Kartell aus den Erfahrungen des anderen gelernt. Die rechtlichen Grundlagen in den Statuten, die Rechtsauslegungen der Gerichte haben sich allmählich in bestimmter Weise ausgestaltet, die man zur allgemeinen Anerkennung bringen oder reformieren soll. Staat und Gesetzgebung wollen sich mit den neuartigen, vielbewunderten und vielgeschmähten Wirtschaftsbildungen beschäftigen. Es ist also einfach selbstverständlich und unvermeidlich, dass sie ihre Erfahrungen geltend machen, ihre Forderungen und Beschwerden formulieren, sich für die fortlaufende Berichterstattung, Verständigung und Einflussnahme ihre Organe schaffen. Ein »Kartell der Kartelle« in dem Sinne, dass alle Konsumenten wehrlos weissgeblutet werden müssten, kann unseres Erachtens auch nur der fürchten, der sich niemals über die konkreten Lebensbedingungen der Kartelle zu unterrichten versucht hat. Denn selbstverständlich bestehen gerade die schärfsten Gegensätze, die man hier als Gegensatz zwischen »Produzent« und »Konsument« in vager Allgemeinheit hinzustellen liebt zwischen Kapital und Kapital: zwischen liebenden und abnehmenden Industrien, zwischen rohmaterialproduzierenden und weiterverarbeitenden Unternehmungen. Diese grundlegenden und entscheidenden Gegensätze vermag keine Macht der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und am allerwenigsten eine Berliner Konferenz aufzuheben. Im Gegenteil kann man eher sagen: je mehr die Erfahrungen der Kartellbildung und Kartellpraxis geistiges Gemeingut des Unternehmertums werden, desto eher wird durch den überlegten Zusammenschluss der abnehmenden (der produktiv »konsumierenden«) Industrien die zeitweilige, aus besonderen Umständen leicht zu erklärende Uebermacht von Rohstoff- und ähnlichen Syndikaten gebrochen werden — eine einseitige Uebermacht, die, wie beim Kohlsyndikat, niemandem innerlich unerträglicher und gefährlicher scheint, wie der kapitalistischen Gesamtindustrie selber.

Die Gefahren solcher Konferenzen wie die in Berlin sehen wir darum mehr in den indirekten Wirkungen auf die öffentliche Meinung und die gesetzgebenden Faktoren; beim Fortbestand aller inneren ökonomischen Widersprüche schafft sich das Kapital nach aussen hin doch immer neue politische Organisationen und Wortführer, während der geknechteten Arbeit auch fernherin die einfachsten Vertretungen und Organisationen versagt und gehemmt werden.

Wir fürchten die Organisation der Unternehmer nicht, wenn sie nicht einseitig, einer geknechteten Arbeiterschaft gegenüber, erfolgt. So können wir auch kein Unglück darin sehen, wenn in Bueck's Referat als Aufgabe eines Syndikatsverbandes bezeichnet wurde: die Sammlung sämtlichen Materials über das Kartellwesen in ähnlicher Weise, wie das seitens der Reichsbehörde geschieht, die Verfolgung der Gesetzgebung und Sammlung des auf diese bezüglichen Materials; es solle die Rechtsprechung genau beachtet und über die Folgen derselben Klarheit geboten werden. — Aber wenn man weiter einen Einfluss auf die Gesetzgebung als erstrebenswert bezeichnete, so müssen wir als notwendige Gegenforderungen betonen: volle Offenlegung aller Syndikatsgrundlagen und freie Bahn für die Geltendmachung aller Gegeninteressen, der beschäftigten Arbeiter sowohl wie aller Konsumenten.

Im allgemeinen hat sich das Wirtschaftsleben seit der vorigen Rundschau kaum verschoben.

Der Kohlenmarkt, der zweitfalls am schärfsten die durchschnittliche gewerbliche Lage widerspiegelt, soll durch den langsam zunehmenden Bedarf der Eisenindustrie, durch den Versand nach Belgien, durch die Verdrängung der englischen Kohlen im Bereiche des Dortmund-Euskanales, an der unteren Ems, der unteren Weser und der ostfriesischen Küste etwas bessere Aussichten bieten.

Die Arbeiter haben jedenfalls davon nichts merken können. »Die Löhne auf den Zechen sinken immer mehr, dagegen nimmt die Zahl der Feierschichten infolge Verringerung der Belegschaften auf den meisten Zechen ab.« So meldet ein fachmännischer Berichterstatter bürgerlicher Blätter. Die »Deutsche Bergarbeiterzeitung« stellt soeben weiter fest: »9534 Mitglieder verloren hat in den Monaten Februar-März d. J. der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum, wie die Verwaltung mit-

teilte. Das sind die Folgen der Massenkündigungen. Als die »Bergarbeiter-Zeitung« vor einigen Wochen die Zahl der Kündigungen im Ruhrgebiet auf 10000 schätzte, warf die Werkspresse uns Verhetzung vor; die Kündigungen hätten »nicht entfernt« diesen Umfang angenommen. Wie die Knappschaftsverwaltung uns bestätigt, haben wir noch zu niedrig geschätzt, denn für den Monat April sind die Abgänge in der Knappschaft noch nicht in der obigen Summe enthalten.«

Auch nach der »Arbeitsmarkt-Korrespondenz« hat der April die Hoffnung auf weitere Besserung des Arbeitsmarktes nicht erfüllt. Zwar hat eine Zunahme der Beschäftigten stattgefunden, aber sie ist geringer als in normalen Jahren und bleibt sogar hinter denjenigen im Jahre 1901 erheblich zurück. Nach den Mitgliederziffern der Krankenkassen, soweit sie der »Arbeitsmarkt-Korrespondenz« zur Verfügung stehen, betrug die Steigerung der Beschäftigten im Berichtsmontat 3,4 Proz. gegen 6,1 im Vorjahre. Die Abweichungen von diesem Durchschnitt sind in einzelnen Orten allerdings sehr erheblich.

Dass es unmöglich ist, alle Zweige des Wirtschaftslebens über einen Kamm zu scheren, haben wir öfter unter Hervorhebung der Ursachen ausgeführt. Besonders die eigenartige Stellung der Baugewerbe haben wir dabei vielfach erwähnt. Hier läuft die sonstige Ueberproduktion meist parallel einer Unterproduktion von Wohnungen, so dass schon deshalb gerade in der Krisenperiode vieles Versäumte nachzuholen und manche Lücke auszufüllen ist. Dazu hat der frühere Pfandbriefkrach und der jetzige Ueberfluss von billigem Kreditgeld manchen Bau für die frühere Zeit verhindert und für die Gegenwart reserviert. So kommt denn auch der »Grundstein« in einen Ueberblick über die »Einwirkung der Krise auf das Baugewerbe« zu dem Schlusse: »Obgleich die allgemeine Krise ihr Ende noch nicht erreicht hat und die Arbeiter wohl noch lange unter ihren Nachwehen zu leiden haben werden, so kann wohl von einer Krise im Baugewerbe nur noch in bedingter Weise die Rede sein. Wenigstens haben die Kollegen keine Ursache, trübe in die Zukunft zu blicken und sich ohne Widerstand schlechter Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Unternehmern aufbürden zu lassen.«

Charakteristisch bleibt auch der anhaltende flotte Geschäftsgang in den Textilindustrien, vor allem Mitteldeutschlands.

15. Mai 1902.

Max Schippel.

Aus der Schweiz.

Was unser internationales Sekretariat ist, und was es sein soll.

Als wir vor sechs Jahren das englische Projekt, die Gründung eines internationalen Sekretariates für unsere Berufsbranche in Beratung zogen, da erfüllte alle vorwärtstrebenden Kollegen eine hoffnungsvolle Begeisterung für diese Sache. Man versprach sich viel, vielleicht zu viel von der Errichtung einer solchen Institution. Hatten doch die englischen Kollegen, in ihrem damaligen Zirkular das Arbeitsfeld des internationalen Sekretärs in grossen Zügen vorgezeichnet und dabei manche längerwünschte Verbesserung in unserem beruflichen Arbeitsverhältnisse mit auf das Programm genommen. Durch die internationale Verbindung, d. h. durch die gegenseitige moralische und materielle Unterstützung sollte jede einzelne Landesorganisation in den Stand gesetzt werden, mutig ins Feld zu ziehen zum erfolgversicheren Kampf für bessere Arbeits- und Existenzbedingungen. Der Schneckenweg sozialer Reformen in unserem Berufe sollte in absehbarer Zeit einem schnelleren Tempo Platz machen, denn man gedachte mit vereinten Kräften an der Ausgestaltung der dem Sekretariat unterstellten Berufsverbände zu arbeiten. Das Sekretariat selbst aber sollte den internationalen Sammelpunkt bilden, in welchem alle Tatsachen und Erfahrungen zusammenströmen und von wo aus befruchtende und anregende Informationen weitergegeben werden. Diese Umriss hatte ungefähr das Zukunftsbild, welches sich viele schweizerische und wohl auch deutsche Kollegen ausmalten, als man zwei Jahre später das englische Projekt verwirklichte und ein internationales Sekretariat ins Leben rief. Wie steht es nun heute, nachdem sich dieses Institut bereits im vierten Jahre seiner Tätigkeit befindet? Ist auch nur der kleinste Teil der gehegten Erwartungen in Erfüllung gegangen? Nein! Nicht einmal eine Verständigung bezüglich Freizügigkeit der Mitglieder haben wir erreicht und erleben es heute noch, dass Mitglieder von deutschen Organisationen, wenn sie nach England kommen, von den dortigen Verbänden entweder gar nicht oder doch nur unter gewissen Bedingungen aufgenommen werden. Auch in Frankreich geht eine solche Aufnahme bzw. Uebertritt nicht so glatt von statten, wie es die bestehende internationale Verbindung zur Voraussetzung haben sollte. Die dringende Regelung des Reiseunterstützungswesens wird von einem Kongress auf den andern verschleppt, aber von jedem in gleich engherziger Weise behandelt. Man will dieselbe auf dem System der Rückzahlung aufbauen, und sind es besonders die reichen englischen Verbände, welche diesen ein besonderes Solidaritätsgefühl verrätenden Standpunkt vertreten. Frankreich steht auf demselben Boden. Auch die französischen Kollegen befürchten, dass die Ausländer ihre Kassen ausplündern würden und erklären sich nur bei gegen-

seitiger Rückzahlung bereit, den reisenden ausländischen Kollegen das Viaticum auszubehalten. Uns Schweizer mutet eine solche Stellungnahme höchst sonderbar an. Es erscheint uns als ganz selbstverständlich, dass jeder reisende Kollege, der einen gültigen Ausweis für seine Zugehörigkeit zum internationalen Verbands besitzt, sein Viaticum erhält. Eine Rückzahlung von seiten des Mutterverbandes zu verlangen, ist jedenfalls unserer Verbandsleitung noch nie in den Sinn gekommen, trotzdem unserem kleinen Verband durch die Reiseunterstützung nicht unbedeutende Lasten erwachsen. England und Frankreich werden von den reisenden Kunstjüngern gewiss seltener besucht, als die unter den Ländern der internationalen Verbindung ziemlich zentral gelegene Schweiz.

Unser Begriff von Solidarität ist aber weitgehender als der der englischen und französischen Berufskollegen. Wir geben, ohne zu prüfen, ob wir für die Gaben auch wieder entsprechend entschädigt werden. Wir helfen, wo es die Pflicht erfordert und soweit es unsere Kräfte erlauben, verlangen aber nicht, dass diese Hilfe, wenn sie in finanzieller Unterstützung bestand, auf Heller und Pfennig zurückerstattet werden muss. Und diese Taktik hat uns bis jetzt weder die Kassen geleert, noch das Land in übermässiger Weise und zum Nachteil des Verbandes mit reisenden Berufskollegen überschwemmt. Aber auch wenn die Rückzahlung der Reiseunterstützung unserem Verband einen Vorteil brächte, würden wir dieselbe schon aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Betritt man erst einmal die Basis der Rückzahlung dann müssten beispielsweise auch Streikunterstützungen etc. an den Geber zurückwandern und unsere internationale Verbindung, die eine solidarische Verbrüderung sein soll, würde sich mit der Zeit zu einem regelrechten Versicherungsamt auswachsen. Die Klippen, an welchen unser Geist entsprechende internationale Vereinbarung über das Viaticumswesen sicherte, sind es auch, welche eine anderweitige fruchtbare Arbeit des Sekretariates verunmöglichen. Man schreckt zurück vor jedweden finanziellen Opfer und hat es noch nicht einmal fertig gebracht, zu beschliessen, dass der gewählte Sekretär seine ganze Arbeitskraft dem Amte widmen muss. Zwar flackt man auf jedem Kongress an den Statuten und Reglementen herum, aber soweit vermochte man sich nicht emporzuschwingen, denjenigen Mann, der dazu berufen ist, Zweck und Ziel der internationalen Verbindung die Wege zu ebnet, so zu entschädigen, dass er ohne materiellen Nachteil seine Pflicht voll und ganz erfüllen kann. Wir wissen heute nicht viel mehr, als dass das Exekutivkomitee in irgend einer Strasse Londons ein Bureau gemietet hat, was aber in diesem Bureau gearbeitet wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenigstens haben wir bis jetzt von einem merkbaren Einfluss auf den Entwicklungsgang des Verbandswesens nicht das Geringste verspürt. Es erscheint geradezu unbegreiflich, dass die englische Exekutive nicht selbst ihr Unvermögen fühlt, unter den obwaltenden Umständen ihre Aufgabe so zu erfüllen, wie sie erfüllt werden muss, wenn die internationale Verbindung und das Sekretariat überhaupt einen Wert haben soll. Was nützen z. B. internationale statistische Erhebungen, wenn das gesammelte Material nicht gesichtet und im gemeinsamen Interesse verwertet wird? Wenige Mitglieder nur sind es, welche die stückweise publizierten Erhebungen über die inneren Verhältnisse der einzelnen Länder und Verbände aufmerksam studieren, und auch diese wenigen haben gewiss im Drange der täglichen Berufsarbeit nicht Musse genug, um praktische Lehren daraus zu entnehmen. Solche Mitteilungen sind gewöhnlich ebenso schnell vergessen wie gelesen, und ihr eigentlicher Zweck, die gegenseitige Nutzenwendung des Praktischeren, geht somit verloren. Hier müsste das internationale Sekretariat der Wegweiser für die einzelnen Landesverbände werden, indem es jeder vorgenommenen Statistik einen erläuternden Bericht folgen lässt, welcher ein Resumé über die gepflogenen Erhebungen enthält, und zugleich die sich daraus resultierenden Massnahmen behandelt. Die Erwägungen der taktischen Fragen könnte dann getrost den einzelnen Landesorganisationen überlassen bleiben. Das nur als Beispiel, wie es gemacht werden könnte, wenn wirklich das ernsthafte Bestreben vorhanden wäre, das internationale Sekretariat zum treibenden Faktor im Organisationswesen zu machen. Die Bahn, auf der sich das Institut heute bewegt, wird niemals zu dem Ziele führen, welches uns bei der Gründung desselben vorschwebte. Möge der diesjährige Kongress, der in der Metropole Deutschlands stattfindet, inspiriert werden vom Geiste, welcher die auf dem Boden des Klassenkampfes aufgebaute, mächtig vorwärts schreitende deutsche Organisation besetzt, und die in ihr gesetzten Hoffnungen erfüllen. Hbr.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin I. In der am 7. stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung der Filiale I, fehlten unentschuldig die Kollegen Darsov, Ernst, Scholz, Heuse, Herzog, Schütz, Rosenau, Seel, Beyer, Grosskopf, Quast, Fenslau, Backhaus, Höfer, Rogge, Kiebach, Aust, Ziegler I, Günther, Gräbert, Abraham und Ringel. Die Verwaltung.

Dresden. Am 26. Mai fand eine Zusammenkunft der Dresdener Lichtdrucker, Präparateur, Photographen und Retoucheure statt. Nach einem ausführlichen Bericht des Kollegen Winkler und einigen Ergänzungen des Mittelelegierten Schäfer, über den 1. Lichtdruckerkongress, erklärten sich die Anwesenden mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden und versprachen, die Beschlüsse vom Kongress zu achten, der Anschluss an den Verein der Lithographen, Steindruckern und verwandte Berufe wurde beschlossen. 17 Kollegen erklärten sofort ihren Eintritt; mit den 5 Kollegen, welche bereits dem Verein angehört, sind 22 Mitglieder vorhanden. Die Gründung einer eigenen Filiale wurde beschlossen und als Vertrauensmann Kollege Schäfer einstimmig vorgeschlagen. Somit hat auch hier die Organisation der Lichtdrucker und Berufsgenossen ein gutes Stück an Boden gewonnen, die Dresdener Kollegen hoffen, durch rege Agitation auch die übrigen Kollegen noch zu gewinnen.

Frankfurt a. M. In der Mitgliederversammlung vom 3. Juni a. c. hielt Kollege Trompeter einen interessanten Vortrag über die Bedeutung der §§ 616 und 629 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der § 616 lautet:

„Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruches auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, dass er für eine verhältnismässig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muss sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- und Unfallversicherung zukommt.“

Das Gesetz stellt als erste Bedingung, dass der Arbeiter ohne sein Verschulden an der Arbeit verhindert sein muss. Hierzu gehören Kontrollversammlungen, militärische Dienstleistungen, Erkrankungen etc. Die zweite Bedingung ist, dass die Verhinderung nur eine verhältnismässige ist und nicht erhebliche Zeit dauert. Was eine verhältnismässige nicht erhebliche Zeit ist, hat der Gesetzgeber dem richterlichen Ermessen überlassen. Die Urteile der Gewerbegerichte hierüber sind daher sehr verschieden. In Offenbach hat z. B. das Gewerbegericht eine 14tägige Uebung als eine nicht erhebliche Zeitanerkennung. Wenn eine Erkrankung des Arbeiters eine nicht erhebliche Zeit dauert, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Lohn, abzüglich der auf Grund gesetzlicher Verpflichtung erhaltene Kranken- oder Unfallunterstützung, weiter zu zahlen. Nach § 629 muss der Arbeitgeber dem Arbeiter nach erfolgter Kündigung auf Verlangen täglich eine angemessene Zeit zum Aufsuchen eines anderen Arbeitsverhältnisses freigegeben. Hier ist hervorzuheben, dass der Arbeiter nicht berechtigt ist, die Arbeit ohne Befragen des Prinzipals zu verlassen, er muss vielmehr denselben jedesmal darum ersuchen. Wenn der Arbeitgeber hierzu die Erlaubnis nicht gibt, ist es am besten, wenn der Arbeiter ruhig weiter arbeitet und erst nach Austritt aus der Beschäftigung auf Schadenersatz klagt, andernfalls wird das Wegbleiben von der Arbeit als Arbeitsverweigerung angesehen. Durch einen Vertrag oder Fabrikordnung können aber leider die beiden Paragraphen aufgehoben werden, deshalb sei es unsere Pflicht, gegen derartige Fabrikordnungen Front zu machen. — Eine lebhaftige Debatte entspann sich über das letzte Zirkular des Hauptvorstandes. Mit der ersten Hälfte desselben, betreffend die Arbeitslosigkeit resp. deren Beseitigung, war man vollständig einverstanden. Es wurde hierzu der Beschluss gefasst, in den Geschäften, wo viele Ueberstunden gemacht bzw. Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorkommen, Geschäftsversammlungen abzuhalten u. entsprechend den Wünschen des Hauptvorstandes zu agitieren. Die zweite Hälfte des Zirkulars, den § 3, Abs. 2 auf Seite 18 unseres Statuts streng zu handhaben, fand man etwas zu hart und fast undurchführbar. Hierbei wurde die knappe Anzahl der Adressenverzeichnisse, die den Mitgliedschaftsvorständen zugesandt werden, sowie die grosse Ungenauigkeit derselben scharf gerügt. Der lokale Arbeitsnachweis für Frankfurt a. M. befindet sich von jetzt ab bei dem Reise-Unterstützungsauszahlung Kollegen Georg Dietrich, Burgstr. 70, worauf die Kollegen besonders aufmerksam gemacht werden.

Offenbach. Am 31. Mai 1902 fand dahier im Restaurant »Saalbau« die monatliche Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Winkelströter, um 9^{1/2} Uhr die von 19 Mitgliedern besuchte Versammlung eröffnete, teilte er mit, dass wir der vorgeschrittenen Zeit und der tropischen Hitze wegen die anderen Punkte bis zur nächsten Versammlung verschieben möchten und den Vortrag von Kollegen Trompeter-Frankfurt über »Tarifgemeinschaft, Zweck und Nutzen«, als einzigen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, was einstimmig angenommen wurde. In Abwesenheit des Schriftführers wurde Kollege Brasch als solcher gewählt. Hierauf legte Kollege Trompeter in ca. 1 stündigem Referat Nutzen und Bedeutung der Tarifgemeinschaft dar, was er an zahlreichen Beispielen und Parallelen die er mit der Tarifgemeinschaft zog, treffend bewies. Nachdem nun der Vorsitzende dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag den Dank der Versammlung ausgesprochen und betont hatte, dass durch einen solchen Vortrag die Sache mehr geklärt werde, als durch endlose Diskussionen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

»Die heute, den 31. Mai 1902, im Restaurant »Saalbau« stattgefundenen Mitgliederversammlung erklärt sich nach einem nahezu 1 stündigen Referat des Kollegen Trompeter-Frankfurt a. M. über »Tarifgemeinschaft, Zweck und Nutzen« mit demselben einstimmig einverstanden und wird im Interesse des Verbandes und der Kollegen alles aufbieten, um dieselben auch hier zur Durchführung zu bringen.«

Nachdem der Vorsitzende noch die Einladung der Buchdrucker zur Jahresfeier und der Frankfurter Kollegen zu ihrem Sommerfest gegeben und zu regem Besuch aufgefordert hatte, erfolgte um 10^{1/4} Uhr Schluss der Versammlung.

Stuttgart, Filiale I. In unserer, am Samstag, den 7. Juni im Lokal Herr stattgefundenen Versammlung kam unter Punkt 2 das Zirkular des Hauptvorstandes zur Debatte, dieselbe gestaltete sich zu einer sehr regen und waren fast sämtliche Anwesenden der Ueberzeugung, dass das, was den i. Teil des Zirkulars anbelangt, vollständig gebilligt werden könne, dass aber auch in dieser Hinsicht viel in Norddeutschland durch die sogenannten Tagesleistungen gesündigt würde. In den Firmen, wo diese Tagesleistungen verlangt werden, können die Ueberstunden garnicht abgeschafft werden, denn die Kollegen werden doch nicht so dumm sein und das Quantum, welches sie früher mit 2-3 Ueberstunden lieferten, jetzt auf einmal in ihrer regelmässigen Arbeitszeit zu liefern. Darum fort mit diesen Tagesleistungen und den übrigen Ueberstundensystemen, die eine Quelle von Unzuträglichkeiten unter den Kollegen selbst wie auch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden. Mögen die Kollegen in dieser Hinsicht darauf hinarbeiten, dass derartige Krebschäden verschwinden, dann wird auch in Bezug auf die Arbeitslosigkeit eine bedeutende Besserung eintreten können. Bezüglich des 2. Punktes, den der Hauptvorstand in seinem Zirkular erwähnt, können wir den Standpunkt desselben nicht teilen. Es ist ja richtig, dass dem Hauptvorstand durch § 3, Absatz 2 der Verhaltungsregeln das Recht zusteht, derartige Verfügungen zu erlassen. Es stellen sich aber einer derartigen strikten Durchführung der Paragraphen so viel Hindernisse in den Weg, dass es uns unmöglich erscheint, eine derartige Verfügung jetzt erlassen zu können. Der Hauptvorstand wollte wahrscheinlich den vielen Unannehmlichkeiten, welche die Veröffentlichung der sogen. Musteranstalten mit sich bringt, aus dem Wege gehen, wir sind aber der Ueberzeugung, dass die Uebelstände und Beschwerden bei der scharfen Durchführung des § 3, noch viel grössere werden. Die Verwaltungen sind nicht immer in der Lage, bei Anfragen sofort die nötige Auskunft erteilen zu können, und wenn dann unsere Kollegen erst auf die Antwort der Verwaltungen warten müssen, ehe sie eine Stelle annehmen dürfen, so würden wir direkt zu Gunsten der indifferenten Kollegen arbeiten, die dann viel schneller mit den Firmen korrespondieren könnten. Die ziemlich überflüssige Bemerkung des »Kieler Berichtes«, dass man auch die Verwaltungen in Strafe nehmen müsse, wenn die Antworten nicht rechtzeitig abgesandt würden, wird wohl nicht so ernst gemeint sein, denn im Gegenteil müsste man in grösseren Zahlstellen wohl eine Entschädigung dafür gewähren, um von dem betreffenden Kollegen die pünktliche umgehende Erledigung der Anfragen verlangen zu können. Es ist nicht richtig, dass man die Veröffentlichung der »Musteranstalten« ganz aufheben will, denn die betreffenden Artikel haben in vielen Fällen auch ihren Zweck erreicht und uns hat einmal ein derartiger Prinzipal zugegeben, dass er durch den Artikel schwer geschädigt, und dass es ihm fast unmöglich wäre, Leute von auswärts zu bekommen. Es müsste in erster Linie darauf hingewirkt werden, dass die willkürliche Veröffentlichung wegen jeder Kleinigkeit eingedämmt wird, vielleicht dadurch, dass unter jedem derartigen Schriftstück ausser dem Vorsitzenden der Zahlstelle 3 Zeugen den Inhalt desselben beglaubigen und die Verantwortung für den betreffenden Artikel übernehmen müssen. Wohl ist ja dieser Paragraph auf der General-Versammlung angenommen und sollte eigentlich für uns bindend sein, doch wird wohl jeder zugeben müssen, dass man auch auf einer General-Versammlung etwas übersehen kann, oder die Statutenkommission hat den betreffenden Paragraphen nur der Form halber angenommen, um ihn bei einzelnen Fällen anwenden zu können. Es ist dieses auch jetzt weniger von Bedeutung, sondern wir stehen heute vor der Verfügung des Hauptvorstandes, diesen Paragraphen in Zukunft strikte durchzuführen und da müssen wir zugeben, dass wir in der Fassung des Paragraphen einen Fehler begangen haben, den wir in der nächsten General-Versammlung gutmachen wollen. Inzwischen wäre es von Vorteil, wenn die Kollegen durch eine ständige Notiz aufgefordert werden, bei Stellungnahme nach auswärts sich vorher bei den betreffenden Verwaltungen zu erkundigen. Sodann muss aber auch den Verwaltungen mitgeteilt werden, bei Veröffentlichung von Musteranstalten so vorsichtig wie möglich zu sein, um dieser Massregel wieder einen grösseren praktischen Wert zu verleihen. Die Versammlung legte in folgender Resolution ihre Ansicht nieder:

»Die heute, den 7. Juni, im Lokal Herr tagende Versammlung der Filiale I Stuttgart erklärt nach Anhörung und Diskussion des Zirkulars vom Hauptvorstand, dass es aus Gründen der Menschlichkeit und Humanität möglich gemacht werden

muss, die Ueberzeitarbeit zu Gunsten der Arbeitslosen einzuschränken. Dieselbe verurteilt aufs ganz entschiedenste die Ueberstunden, welche durch die sogenannten Tagesleistungen gemacht werden und bitten den Hauptvorstand, darauf hinzuwirken, dass derartige Missstände geregelt werden. Gleichzeitig spricht sich die Versammlung dahin aus, dass es wohl Gründe giebt, (durch plötzliche Geschäftsüberhäufung etc.) die von dieser Regel eine Ausnahme machen und eine Ueberzeitarbeit gestatten. Bezüglich des 2. Punktes erklärt die Versammlung, dass sie die plötzliche Durchführung des § 3 der Verhaltungsregeln nicht für richtig hält, sondern wünscht, dass die Kollegen in nächster Zeit in der »Gr. Pr.« darauf aufmerksam gemacht werden, sich vorher bei den Verwaltungen zu erkundigen und die nächste Generalversammlung in dieser Beziehung Abhilfe schaffen. Die Versammlung möchte die Warnungen vor den sogenannten »Musteranstalten« nicht ganz beiseite schieben, sondern wünscht eine mässige nur in den äussersten Fällen anwendbare Veröffentlichung.

Leipzig. Die Verhältnisse gebieten, dass wir über ein Geschäft Leipzigs den Kollegen, insbesondere solchen, welche Stellung suchen, einige Aufklärung geben. — Seit kurzer Zeit ist die Privatlithographie von Rich. Kluge emporgeschossen, macht viel von sich reden und beschäftigt zur Zeit über 20 Gehilfen. In dieser Firma werden speziell Lichtdruck-Postkarten in 3 und 5 Farben angefertigt und zwar 25 Stück auf einem Bogen Korripapier, sodass zwei Kollegen an einer Farbe, schneller Lieferung halber, an einem Tisch zu arbeiten genötigt sind. Abgesehen davon, dass derjenige, welcher gegen das Licht arbeitet, auch noch an der hohen Seite des Tisches sich schinden muss, wird doch von jedem verlangt, dass er das vorschriftsmässige Pensum liefert. Die Farben sind kalkuliert, der Preis ist für jede Karte gleichmässig und sehr niedrig bemessen, verlangt daher von jedem ein Anspannen aller Kräfte. Es wird ja wohl Wochenlohn gezahlt, doch befindet man sich in einem Drucksystem, bei welchem jeder durch sein Arbeitspensum mindestens seinen Wochenlohn in den gegebenen Preisen erreichen muss. Diejenigen, welche nicht bedeutend mehr leisten, als ihr Lohn austrägt, oder bei welchen die Qualität nicht anspricht, kommen auf die Kündigungsliste. Da viel und gut unmöglich beisammen sein kann, ist der Wechsel ziemlich gross, zumal das Prinzip »von den neuen Besen« angewendet wird, die Behandlung zu wünschen übrig lässt und vom Rausschleichen fortwährend die Rede ist. Es hat sich beim Engagement jeder zu sichern, nur auf bestimmte Anerbietungen anzufangen, da oft schon der entsprechenden Lohn nicht gezahlt wurde, jeder auf vierzehntägige Probezeit angenommen wird und bei der Lohnfrage ausweichende Reden geführt werden, wie z. B. erst einrichten, — sie haben gewiss noch nicht Korripapier gearbeitet, sie müssen erst noch lernen! Dass diese Arbeiten für jeden, einigermaßen geübten Lithographen zu beherrschen sind und von grossem Lernen weniger die Rede sein kann, dürfte wohl den Fachkundigen einleuchten. Selbstredend wird jeder nach einiger Zeit, die ganze Art und Weise der Arbeit besser beherrschen als am Anfang seiner Gastrolle; daher mehr leisten. Es kommt somit die »Lehrzeit« nur dem Geschäft zu gute, wenn es bestrebt ist, den Wechsel zu vermeiden. Denkt nun ein Kollege beim Abliefern seiner Arbeit seine Pflicht und Schuldigkeit gethan zu haben, so muss er oft mit Erstaunen, vom Chef beim Durchsehen des Bogens Redensarten hören, wie: »Welcher Brummochse hat denn das wieder gemacht!« Der allgemeine Mangel an Arbeit im Chromolithographen-Gewerbe nötigt viele Kollegen, in diesem Geschäft vorzusprechen und die obengenannte Arbeit für niedrigen Lohn, um nicht ganz arbeitslos zu werden, anzunehmen. Da sich aber nun viele junge Kollegen mit noch bescheidenen Anerbietungen zufrieden geben, benutzt man die Gelegenheit, die teuren oder missliebigen Kollegen abzuschleichen. So kam es vor, dass älteren Kollegen, welche für 30 Mk. pro Woche angefangen hatten, zugemutet wird, für 24 Mk. zu arbeiten (30 Mk. ist Höchstlohn!). Falls betreffende sich damit nicht einverstanden erklären, werden sofort wieder »Neue« unter den erwähnten Bedingungen an — gelernt. Es herrscht dem allen zur Folge, ein äusserst gespanntes, unsicheres Verhältnis, welches noch durch das hinterlistige Treiben von Zwischenmännern erhöht wird. Die Stellung ist unter solchen Umständen derartig, dass es einem rechtlich denkenden und fühlenden Kollegen unmöglich wird, längere Zeit in diesem Geschäft zu verbleiben, abgesehen davon, dass die Stellung sowieso nicht andauernd, und dass eine derartige Arbeit durchaus ungeeignet ist, junge oder farbenunsichere Kollegen in dem eigentlichen Chromo auszubilden. — Es sind 4 Lehrlinge vorhanden, dieselben arbeiten diese Postkarten mit und bekommen ausser einem gewissen Lohn, noch für jedes Dessin, welches sie angefertigt haben eine Prämie, als Ansporn. Kollegen, welche gesonnen sind, in diesem Geschäft anzufangen, werden im eigenen Interesse ersucht, bei der Zahlstelle Leipzig nähere Erkundigungen einzuziehen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Ein Generalstreik der schwedischen Arbeiter. Auf Grund der im vorigen Jahre vom Reichstage be-

